

14.05.2014

Dr. Hagen

Tel. 4746

Frage Nr. L15

Vorlage für die Sitzung des Senats am 20.05.2014

„Zukünftige Betreuung von Schul-PC durch Dataport?“

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat für die Fragestunde der Bürgerschaft folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die PC an den Schulen in Bremen und Bremerhaven durch den Full Service Provider für Informationstechnik der Verwaltung Dataport betreuen zu lassen und sie in das standardisierte „BASIS.bremen“-Betriebsmodell einzubinden?
2. In welchem Umfang könnte Dataport aus Sicht des Senats Leistungen für die Schulen übernehmen?
3. Welche finanziellen, sicherheitstechnischen und personellen Auswirkungen hat ein Wechsel in der Betreuung der Schul-PC zu Dataport mittel- bis langfristig?“

Der Senat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Senat prüft zur Zeit die Migration der Verwaltungsarbeitsplätze im Ressort der Senatorin für Bildung und Wissenschaft auf das BASIS-Betriebsmodell. Die dazu notwendige Initialisierungsphase hat bereits begonnen. Nach einer erfolgreichen Umstellung ist eine entsprechende Weiterentwicklung der Betreuungskonzepte für die pädagogischen PCs sinnvoll. Aus heutiger Sicht sollten diese dann ebenfalls durch Dataport betrieben werden. Wegen der besonderen Anforderungen in den Schulen würde das BASIS-Betriebsmodell entsprechend angepasst werden. Die Einbindung von Bremerhaven ist dann sinnvoll, wenn dort ebenfalls das BASIS- bzw. ein ähnliches Betriebsmodell eingesetzt werden sollte.

Zu Frage 2:

Dataport könnte entweder selber oder durch Dritte, wie etwa private Dienstleister oder Einrichtungen wie der Schul-Support-Service (S3), alle im IT-Bereich anfallenden Aufgaben übernehmen. Der Schwerpunkt der Leistungen von Dataport wären die Beschaffung, Wartung und Rücknahme bzw. Austausch der Hardware, die Entgegennahme und Organisation von Wartungs- und Betreuungsaufgaben sowie der Betrieb der Fachverfahren in Kooperation mit der Fach-IT im Bereich Bildung. Die genaue Organisationsform und Aufgabenteilung ist noch festzulegen.

Zu Frage 3:

Die Einführung von BASIS.bremen für Schulen würde wie im Rest der Verwaltung die Sicherheit des IT-Betriebes auch zukünftig nachhaltig sicherstellen, insbesondere auch angesichts der stetig steigenden Angriffe aus dem Internet. Die genauen finanziellen und personellen Auswirkungen lassen sich erst nach der Entwicklung eines angepassten BASIS-Betriebsmodells für Schulen ermitteln. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass durch die Aufgabenverlagerung und die damit einhergehende Veränderung der derzeitigen Aufgabenwahrnehmung ein Teil der Aufwände des Dienstleisters zu finanzieren ist. Ein deckungsfähiges Gesamtkonzept muss nach einer Konkretisierung des Betriebsmodells durch den Senat geprüft werden.